

Bescheiddaten
für 2017 über
Einkommensteuer

DHW Dokumentations-Hinweise

Die Anzeige der Bescheiddaten ist ein Service der Finanzverwaltung der Länder und hat keine rechtliche Bindungswirkung!

Die Werte entsprechen denen des Bescheids, der Ihnen in den nächsten Tagen bekannt gegeben wird. Sie dienen lediglich zum Abgleich mit der von Ihnen erstellten Steuerberechnung.

Bei eventuellen Abweichungen von den erklärten Daten beachten Sie bitte auch die Erläuterungstexte in dem Bescheid.

ElsterFormular

Bescheiddaten
 für 2017 über
 Einkommensteuer

	Einkommen- steuer €	Kultus-/ Kirchensteuer €	Solidaritäts- zuschlag €	Insgesamt €
Festgesetzt werden	6.594,00	593,46	362,67	
Abzug vom Lohn	-9.075,00	-816,63	-499,06	
verbleibende Beträge	-2.481,00	-223,17	-136,39	-2.840,56

B e s t e u e r u n g s g r u n d l a g e n

Berechnung des zu versteuernden Einkommens

	Ehemann €	Ehefrau €	Insgesamt €
Einkünfte aus Gewerbebetrieb			
Einkünfte		-520	
Einkünfte aus selbständiger Arbeit			
aus freiberuflicher Tätigkeit	-1.104		
Einkünfte	-1.104		
Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit			
Bruttoarbeitslohn	58.305		
ab			
Werbungskosten	-1.913		
Werbungskosten			
Wege zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstätte			
Entfernungspauschale	663		
insgesamt.	-663		
Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer	-1.250		
Einkünfte	56.392		
Summe der Einkünfte	55.288	-520	54.768
Gesamtbetrag der Einkünfte	54.768	0	54.768

Sonderausgaben

ab beschränkt abziehbare Sonderausgaben			
Summe der Altersvorsorgeaufwendungen.		493	
davon 84 %		415	415
Beiträge zur Krankenversicherung			
- Ehemann	3.212		
- Ehefrau	3.701		
Summe Krankenversicherungsbeiträge	6.913	6.913	
Beiträge zur Pflegeversicherung			
- Ehemann	259		
- Ehefrau	703		
Summe Pflegeversicherungsbeiträge	962	962	
Summe der Beiträge nach § 10 Abs. 1 Nr. 3 EStG		7.875	
ab Beitragsrückerstattung		-388	
verbleiben		7.487	7.487
Summe der abziehbaren Vorsorgeaufwendungen		7.902	-7.902
ab unbeschränkt abziehbare Sonderausgaben			
im Veranlagungszeitraum abziehbar	130	130	
gezahlte Kirchensteuer	886		
ab erstattete Kirchensteuer	0		
Kirchensteuer		886	
Summe der unbeschränkt abziehbaren Sonderausgaben			-1.016
Einkommen / zu versteuerndes Einkommen			45.850

Berechnung der Einkommensteuer

zu versteuern nach dem Splittingtarif	45.850		6.642
tarifliche Einkommensteuer			6.642
ab			
Ermäßigung für Einkünfte aus Gewerbebetrieb			0

Ermäßigung für Zuwendungen an politische Parteien nach § 34g EStG	-48
festzusetzende Einkommensteuer	6.594

Berechnung des Solidaritätszuschlags

	€
festzusetzende Einkommensteuer	6.594
Bemessungsgrundlage	6.594
davon 5,5 v.H. Solidaritätszuschlag	362,67

Steuerbelastung

**Ihre Einkommensteuerbelastung (6.642,00 €) bezogen auf das
zu versteuernde Einkommen (45.850 €) beträgt 14,49 %.**

Dabei wurde bereits vorher für die Berechnung Ihres zu versteuernden Einkommens der Gesamtbetrag der Einkünfte (54.768 €) um abziehbare Aufwendungen (z. B. Vorsorgeaufwendungen u. a.) in Höhe von insgesamt 8.918 € gemindert.

Erläuterungen

Die Ergebnisse der Bearbeitung wurden antragsgemäß zur elektronischen Übermittlung bereitgestellt. Dieser Bescheid ändert den Bescheid vom 07.05.2018.

Die Abweichung von den erklärten Angaben ergibt sich aus dem Feststellungsbescheid vom 04.06.2018.

Der Höchstbetrag für sonstige Vorsorgeaufwendungen wurde bereits durch die Berücksichtigung Ihrer Beiträge zur Krankenversicherung (Basisabsicherung) und zur gesetzlichen Pflegeversicherung ausgeschöpft; ein darüber hinausgehender Abzug von sonstigen Vorsorgeaufwendungen ist daher nicht möglich.

Für Zuwendungen an politische Parteien in Höhe von 96 € wurde die Steuerermäßigung nach § 34g Nr. 1 EStG gewährt.

Die Festsetzung der Einkommensteuer ist gemäß § 165 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 AO im Hinblick auf die Verfassungsmäßigkeit und verfassungskonforme Auslegung der Norm vorläufig hinsichtlich

- der Höhe des Grundfreibetrags (§ 32a Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 EStG)
- des Abzugs einer zumutbaren Belastung (§ 33 Abs. 3 EStG) bei der Berücksichtigung von Aufwendungen für Krankheit oder Pflege als außergewöhnliche Belastung
- der beschränkten Abziehbarkeit der Vorsorgeaufwendungen im Sinne des § 10 Abs.1 Nr.3a EStG
- der Berücksichtigung von Beiträgen zu Versicherungen gegen Arbeitslosigkeit im Rahmen eines negativen Progressionsvorbehalts (§ 32b EStG)
- der Abziehbarkeit der Aufwendungen für eine Berufsausbildung oder ein Studium als Werbungskosten oder Betriebsausgaben (§ 4 Absatz 9, § 9 Absatz 6 EStG).

Die Festsetzung des Solidaritätszuschlags ist gem. § 165 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 AO hinsichtlich
- der Verfassungsmäßigkeit des Solidaritätszuschlaggesetzes 1995
vorläufig.

Die Vorläufigkeitserklärung erfasst sowohl die Frage, ob die angeführten gesetzlichen Vorschriften mit höherrangigem Recht vereinbar sind, als auch den Fall, dass das Bundesverfassungsgericht oder der Bundesfinanzhof die streitige verfassungsrechtliche Frage durch verfassungskonforme Auslegung der angeführten gesetzlichen Vorschriften entscheidet (BFH-Urteil vom 30.September 2010 - III R 39/08-, BStBl 2011 II S.11). Die Vorläufigkeitserklärung erfolgt lediglich aus verfahrenstechnischen Gründen. Sie ist nicht dahin zu verstehen, dass die im Vorläufigkeitsvermerk angeführten gesetzlichen Vorschriften als verfassungswidrig oder als gegen Unionsrecht verstoßend angesehen werden. Soweit die Vorläufigkeitserklärung die Frage der Verfassungsmäßigkeit einer Norm betrifft, ist sie außerdem nicht dahingehend zu verstehen, dass die Finanzverwaltung es für möglich hält, das Bundesverfassungsgericht oder der Bundesfinanzhof könne die im Vorläufigkeitsvermerk angeführte Rechtsnorm gegen ihren Wortlaut auslegen. Sollte aufgrund einer diesbezüglichen Entscheidung des Gerichtshofs der Europäischen Union, des Bundesverfassungsgerichts oder des Bundesfinanzhofs diese Steuerfestsetzung aufzuheben oder zu ändern sein, wird die Aufhebung oder Änderung von Amts wegen vorgenommen; ein E I N S P R U C H ist daher insoweit N I C H T E R F O R D E R L I C H.

Datenschutzhinweis:

Informationen über die Verarbeitung personenbezogener Daten in der Steuerverwaltung und über Ihre Rechte nach der Datenschutz-Grundverordnung sowie über Ihre Ansprechpartner in Datenschutzfragen entnehmen Sie bitte dem allgemeinen Informationsschreiben der Finanzverwaltung. Dieses Informationsschreiben finden Sie unter www.finanzamt.de (unter der Rubrik "Datenschutz") oder erhalten Sie bei Ihrem Finanzamt.

Rechtsbehelfsbelehrung

Die Festsetzung der Einkommensteuer und des Solidaritätszuschlags können mit dem Einspruch angefochten werden.

Ein Einspruch ist jedoch ausgeschlossen, soweit dieser Bescheid einen Verwaltungsakt ändert oder ersetzt, gegen den ein zulässiger Einspruch oder (nach einem zulässigen Einspruch) eine zulässige Klage, Revision oder Nichtzulassungsbeschwerde anhängig ist. In diesem Fall wird der neue

Verwaltungsakt Gegenstand des Rechtsbehelfsverfahrens. Dies gilt auch, soweit sich ein angefochtener Vorauszahlungsbescheid durch die Jahressteuerfestsetzung erledigt.

Der Einspruch ist bei dem vorbezeichneten Finanzamt schriftlich einzureichen, diesem elektronisch zu übermitteln oder zur Niederschrift zu erklären.

Gegen die Festsetzung der Kirchensteuer ist der Einspruch gegeben. Der Einspruch ist beim Erzbischöflichen Generalvikariat, Marzellenstr. 32, 50668 Köln, steuerwesen@erzbistum-koeln.de schriftlich einzureichen, diesem elektronisch zu übermitteln oder zur Niederschrift zu erklären.

Die Festsetzung der Kirchensteuer kann nicht mit der Begründung angefochten werden, dass die der Berechnung zugrunde gelegte Einkommensteuer unzutreffend sei. Dieser Einwand kann nur gegen die Festsetzung der Einkommensteuer geltend gemacht werden.

Die Frist für die Einlegung eines Einspruchs beträgt einen Monat.

Sie beginnt mit Ablauf des Tages, an dem Ihnen dieser Bescheid bekannt gegeben worden ist. Bei Zusendung durch einfachen Brief gilt die Bekanntgabe mit dem dritten Tag nach Aufgabe zur Post als bewirkt, es sei denn, dass der Bescheid zu einem späteren Zeitpunkt zugegangen ist.

Wenn Sie beabsichtigen, einen Einspruch elektronisch einzulegen, wird empfohlen, den Einspruch über 'Mein ELSTER' (www.elster.de) einzulegen.

ElsterFormular